

KLAUS REGLING

„Europa hat viel Ansehen in der Welt verloren“

Der Chef des Euro-Rettungsfonds fordert eine „solidere rechtliche Grundlage“ für die Währungsunion. Einen Schuldenschnitt für Athen hält er für unwahrscheinlich.

Das Interview führten Sven Afhüppe und Ruth Berschens in Luxemburg

Herr Regling, trotz intensiver Verhandlungen ist immer noch nicht klar, wie Griechenland aus der Schuldenfalle herauskommen soll. Ist das Land nur noch mit einem zweiten Schuldenschnitt zu retten? Griechenland ist mit Abstand der schwierigste Fall im Euro-Raum. In keinem anderen Land sind die ökonomischen Fundamentaldaten so schlecht. Hinzu kommt, dass das politische System in Griechenland nicht sonderlich stabil ist, weil radikale politische Gruppen Einfluss gewonnen haben. In Portugal, Spanien und Irland kooperiert die Opposition bei den Reformen, in Griechenland dagegen nicht. Deshalb besteht das Risiko, dass der Reformprozess in Griechenland immer wieder unterbrochen werden kann. Für die Geldgeber wie für die Finanzmärkte ist das natürlich ein Problem.

Die Schuldenquote des Landes erreicht schon bald 190 Prozent der Wirtschaftsleistung. Ist das noch tragbar? Die Schuldenstandsquote ist in der Tat sehr hoch. Doch die 190 Prozent dürften die Spitze sein. Wir gehen davon aus, dass die Quote in den Jahren danach kontinuierlich sinkt, weil die Sparbeschlüsse wirken. Wenn die Strukturreformen wie vorgesehen umgesetzt werden, wird auch die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnen. Ob die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2020 auf die verabredeten 120 Prozent gedrückt werden kann, ist noch nicht ganz klar.

Das klingt, als wenn es kein Problem wäre, wenn Griechenland die Schulden nicht in dem beschlossenen Tempo abbaut. Der IWF besteht aber auf den alten Verabredungen und verlangt, dass die Euro-Zone Griechenland einen Teil der Schulden erlässt. Die privaten Gläubiger Griechenlands haben bereits auf 107 Milliarden Euro Forderungen an Griechenland verzichtet. Das ist ein Riesenertrag, der größte, der jemals in der Geschichte bei einer Umschuldung operiert wurde.

Der Währungsfonds will jetzt auch die öffentlichen Gläubiger, also die Euro-Staaten, an einem Schuldenschnitt beteiligen. Können Sie die Bedenken des Fonds denn gar nicht nachvollziehen? Alle wollen, dass Griechenland seine Schulden wieder selbstständig bedienen kann. Allerdings ist schwer zu sagen, wann dieser Punkt erreicht ist. Japan hat eine Schuldenquote von 240 Prozent und zahlt trotzdem die niedrigsten Zinsen aller G20-Länder. Dieses Beispiel zeigt, dass es

hier keine absoluten wissenschaftlichen Wahrheiten gibt.

Die Geldgeber trauen Japan zu, dass es seine Schulden zurückzahlen kann. Im Fall Griechenland sieht das anders aus. Das ist zurzeit leider richtig. Deshalb ist es wichtig, dass die Regierung in Athen alle Strukturreformen umsetzt, die dem Land zu mehr Wachstum verhelfen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Der IWF soll damit gedroht haben, aus der Griechenland-Rettung auszusteigen, wenn die Schuldentragfähigkeit des Landes nicht sichergestellt ist. Stimmt das? Das will ich nicht kommentieren.

Der Währungsfonds sollte aber an Bord bleiben - oder? Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und dem Euro-Raum in der Troika hat sich bewährt. Dass die Ansichten nicht immer deckungsgleich sind, liegt bei einem so komplexen Fall auf der Hand. Bisher ist es trotzdem immer wieder gelungen, Kompromisse in der Troika zu finden.

Für den Euro-Rettungsschirm ESM, den Sie leiten, ist der IWF ja ein Vorbild. Ja, und zwar viel mehr, als das in Deutschland wahrgenommen wird. Unsere Kreditvergabe und unsere Reformprogramme entsprechen genau dem, was der IWF seit 50 Jahren macht. Natürlich hatte der IWF einige wenige Fälle, wo es nicht so gut lief und wo private Gläubiger Verluste akzeptieren mussten. Der IWF hat aber noch nie Verluste gemacht.

Und das ist jetzt auch Ihr Ziel beim ESM? Ja, ich gehe davon aus, dass wir keine Verluste machen und unser Geld zurückbekommen.

Auch aus Griechenland? Die gesamte Strategie ist so angelegt, dass Verluste für die öffentlichen Gläubiger, die ja bereit sind, neue Kredite zu geben, wenn das sonst niemand mehr tut, vermieden werden.

Die USA haben Deutschland in den 50er-Jahren einen großen Teil der Kriegsschulden erlassen und damit die Grundlage für das Wirtschaftswunder gelegt. Ja, damals hat der ehemalige Deutsche Bank-Chef Abs sehr gut verhandelt.

Sollte man gegenüber Griechenland heute nicht ähnlich vorgehen? Es gibt viele historische Beispiele für einen Schuldenüberhang, der beseitigt wurde.



Herr der Rettungsschirme:
Klaus Regling

VITA KLAUS REGLING

Der deutsche Europäer: Der Euro hat die berufliche Laufbahn des 62-jährigen Klaus Regling bestimmt. In den neunziger Jahren war er als Spitzenbeamter des Bundesfinanzministeriums maßgeblich an den Verhandlungen über den Europäischen Stabilitätspakt beteiligt. Im Jahr 2005 musste er als Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen in der EU-Kommission erleben, wie Deutschland und Frankreich die Haushaltsvorschriften des Stabilitätspaktes aufweichten.

Dabei gab es allerdings fast immer eine Arbeitsteilung zwischen privaten und öffentlichen Gläubigern. Die privaten Gläubiger verzichteten auf einen Teil ihrer Forderungen, während die öffentliche Hand dem betroffenen Staat neue Kredite zu günstigen Konditionen gab. So ist es in Asien und Lateinamerika gelaufen, und so machen wir es jetzt auch im Euro-Raum.

Es gab aber Ausnahmen. Die Alliierten ha-

Der Krisenmanager: Im Jahr 2010 schließlich beriefen die Regierungschefs den studierten Volkswirt zum Chef des provisorischen Euro-Rettungsschirms European Financial Stability Facility (EFSF). Seit Oktober dieses Jahres leitet er auch den endgültigen Euro-Rettungsschirm, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Regling stammt aus Lübeck, sein Vater war Tischlermeister und saß für die SPD im Deutschen Bundestag. Er selbst gehört keiner Partei an.

ben Deutschland damals auch staatliche Schulden erlassen. Ja. Das war ein Sonderfall nach dem Krieg.

Ist Griechenland kein Sonderfall? Immerhin geht es um den Bestand der Währungsunion. Ein öffentlicher Schuldenschnitt ist etwas ganz Außergewöhnliches, den kann es nur in extremen Ausnahmesituationen geben. Auch ohne Schuldenschnitt wird die grie-



Wir müssen beweisen, dass die Währungsunion wirklich unauflöslich ist und sich in Richtung einer gemeinsamen Haushalts- und Wirtschaftspolitik bewegt.

chische Schuldenquote im kommenden Jahrzehnt um ein Drittel sinken.

Wie können Sie da so sicher sein? Weil Griechenland sehr günstige Refinanzierungsbedingungen hat. Für unsere Kredite verlangen wir von Athen nur einen Zinssatz zwischen anderthalb und zwei Prozent.

Spielraum für weitere Zinssenkungen gibt es da wohl nicht mehr?



Klaus Regling im Gespräch mit den Handelsblatt-Redakteuren Ruth Berschens und Sven Afhüppe.

Nein, jedenfalls nicht bei den vom EFSF vergebenen Krediten, weil dort die Zinsen unseren Refinanzierungskosten entsprechen.

Morgen treffen sich die Euro-Finanzminister und der IWF zu einer Sondersitzung. Wird man dann doch noch eine einvernehmliche Lösung finden? Ich gehe davon aus. Es ist mittlerweile allen klar, dass ein Austritt Griechenlands teurer wäre als alle anderen Lösungen. Das gilt für Griechenland, aber auch für die anderen Länder der Währungsunion, auch für Deutschland. Das haben zwar nicht alle Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland begriffen, wohl aber alle Regierungen im Euro-Raum.

Wie schätzen Sie die Lage in den anderen Krisenländern ein? Irland, Portugal und Spanien haben große Fortschritte gemacht. Ihre Haushaltsdefizite sinken, und ihre Wettbewerbsfähigkeit nimmt zu. Bei den Lohnstückkosten beträgt die Differenz zwischen Nord- und Südeuropa jetzt nur noch 20 Prozent. Im Jahr 2000 waren es noch 50 Prozent. Alle Krisenländer konnten ihre Exporte zuletzt steigern. Die irische Leistungsbilanz ist inzwischen sogar im Plus, und auch Portugal und Spanien hatten im letzten Quartal erstmals ausgeglichene Leistungsbilanzen.

Wie lange müssen die Länder noch leiden? Sie haben schon etwa die Hälfte der Anpassung abgearbeitet, was leider kaum bekannt ist. Die Medien verbreiten ja bevorzugt Krisenmeldungen.

Dafür gibt es Gründe, zum Beispiel die Hiobsbotschaften aus den Banken. Das ist in der Tat ein Bereich mit nach wie vor ungelösten Problemen. Wir sehen bei den Banken einen starken Trend zur Renationalisierung.

Sie meinen, dass sich die Institute auf ihr nationales Geschäft zurückziehen. Das führt zu sehr unterschiedlichen Kreditbedingungen. Ein Mittelstandsunternehmen in Norditalien zahlt bei ein- und derselben Bank 400 Basispunkte mehr Kreditzinsen als ein vergleichbares Unternehmen in Österreich. Die Kreditkosten muss das italienische Unternehmen dann anderswo wieder hereinholen, zum Beispiel bei den Lohnkosten. Das drückt auf die Nachfrage und auf die Wirtschaftsleistung der Krisenländer. Deshalb finde ich es jetzt sehr angemessen, dass das Thema Bankenunion seit dem Sommer ganz oben auf der Agenda steht und dass die EU nun eine gemeinsame Bankenaufsicht plant.

Sollte die EZB die Aufsicht bekommen? Ja, man sollte der EZB diese Aufgabe übertragen. Die Kommunikation zwischen Geldpolitik und Aufsicht hat in der Krise nicht funktioniert. Die Staaten gehen deshalb neuerdings wieder dazu über, den Zentralbanken die Aufsicht zu übertragen. Ein Beispiel ist Großbritannien. Im Euro-Raum sind 13 der 17 Zentralbanken für die Auf-

sicht zuständig, in Deutschland zwar nur teilweise, in Spanien dagegen komplett.

Müssen Geldpolitik und Aufsicht nicht strikt voneinander getrennt werden? Das kann man unter dem Dach der EZB durchaus organisieren. Die Alternative wäre ja, getrennt von der EZB eine ganz neue Institution für die Bankenaufsicht zu gründen. Das würde zu lange dauern und zu viel Energie binden.

Sollte die EZB alle Banken überwachen oder nur die größten? Die EZB kann gar nicht alle 8000 europäischen Banken überwachen. Sie wird sehr eng mit den lokalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten und nur die größten Institute direkt überwachen. Allerdings muss die EZB das Recht haben, im Krisenfall auf jede Bank zuzugreifen.

Wenn die Bankenaufsicht erst funktioniert, soll der ESM womöglich direkte Kapitalspritzen an Banken auszahlen. Sind Sie darauf vorbereitet? Zum jetzigen Zeitpunkt wären wir dazu nicht in der Lage, denn wir haben hier keine Experten, die Banken beaufsichtigen können.

Bis Mitte 2013 wollen Sie das Personal auf 100 Mitarbeiter aufstocken. Falls der ESM Miteigentümer von Banken wird, müssten sie wohl deutlich mehr Leute einstellen? Ja, falls die Euro-Staaten uns den Auftrag geben, angeschlagene Banken gegen strenge Auflagen direkt zu rekapitalisieren, dann wäre das unvermeidlich. Aber der Gipfel hat ja auch deutlich gesagt, dass es dafür noch eines gesonderten Beschlusses bedarf.

Zum Schluss ein Ausblick auf die Zukunft: Muss die Währungsunion stärker zusammenwachsen, damit der Euro überleben kann?

Im Laufe der Krise hat der Euro-Raum leider sehr viel internationales Ansehen verloren. Deshalb müssen wir jetzt beweisen, dass die Währungsunion wirklich unauflöslich ist und sich in Richtung einer gemeinsamen Haushalts- und Wirtschaftspolitik bewegt. Der Fiskalpakt, die nationalen Schuldenbremsen und andere Reformen der Haushaltsregeln waren zwar schon ein sehr wichtiger Fortschritt, reichen aber nicht aus. Der Rest der Welt ist so skeptisch geworden gegenüber unserem Ansatz einer Währungsunion, dass wir dem nur noch mit institutionellen Veränderungen entgegenzutreten können. Deshalb müssen wir auf der Agenda stehen und dass die EU nun eine gemeinsame Bankenaufsicht plant.

Reicht es, wenn man die Reform nach den Europawahlen im Jahr 2014 startet? Vertragsreformen dauern sehr lange, manchmal ein Jahrzehnt. Daher sollte man jetzt möglichst früh damit anfangen.

Herr Regling, vielen Dank für das Interview.